

# Beim Haushaltskurs setzt die FDP auf ein breites Bündnis

## Fraktion beantragt gemeinsame Kommission aller Politiker

Kiel. Die Finanznot der Stadt Kiel vor Augen schlägt die FDP einen neuen Weg zur Haushaltskonsolidierung vor: Alle Fraktionen sollten gemeinsam mit der Verwaltung Einsparpotenziale ausloten und gleichzeitig ein Konzept entwickeln, um die Bürger einzubinden.

Altschulden und kurzfristige Kredite zusammengenommen bahnt sich für Kiel spätestens 2013 eine Gesamtschuldenlast von einer Milliarde Euro an. Allein die Zinsen klettern danach auf 34 Millionen Euro – Geld, mit dem die Stadt eigentlich locker zwei Zentralbäder zahlen könnte. Angesichts einer düsteren Perspektive ist FDP-Fraktionschef Helmut Landsiedel überzeugt, dass bessere Ergebnisse nur gelingen, wenn alle Kommunalpolitiker gemeinsam Einschnitte be-

schließen und „nicht nur nach politischer Couleur entscheiden und Lieblingsvereine bedenken“. Der Oberbürgermeister solle ein Konzept entwickeln, um alle Aufgaben bzw. Produkte des Haushalts einer „ABC-Analyse“ zu unterziehen. Das bedeutet, zu erkunden, welcher Gestaltungsspielraum bei der Erfüllung von Aufgaben besteht und wie die Ratsversammlung diese politisch wertet: hoch, mittel oder gering. Eine Kommission soll die notwendigen Kompromisse erarbeiten, um im Juni 2011 einen Nachtragshaushalt vorlegen zu können. Gleichzeitig sei, so fordert die FDP, der Prozess mit der Einführung eines Bürgerhaushaltes zu verzahnen, wonach Bürger über für sie wichtige Etatpositionen mitbestimmen können.

Neben diesem Grundsatzantrag macht die FDP eigene

Einsparvorschläge, zum Beispiel die Erstattung von Geschäftsausgaben der Fraktionen um ein Fünftel zu drücken, die Planungskosten von 250000 Euro für die aus ihrer Sicht nicht finanzierbare StadtRegionalbahn zu streichen, ebenso wie das Begrüßungsgeld (Ansatz bei 215000 Euro) für Studierende, das wegen der Ausweitung der Zweitwohnungssteuer entfallen könne.

40000 Euro wollen die Liberalen in die Hand nehmen, um eine interkommunale Schulentwicklungsplanung voranzutreiben. Kleingärtner sollen höhere Pacht zahlen, Volkshoch- und Musikschulen ihren Kostendeckungsgrad steigern. Lediglich der Träger Frauen, Sucht, Gesundheit e.V. soll wegen des steigenden Bedarfs 38000 Euro mehr als vorgesehen erhalten. mad